

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

20.4.1884 (No. 94)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 20. April.

№ 94.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 8 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Briefträgergebühr eingerechnet, 8 M. 66 Pf.

1884.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 17. d. Mts. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Eduard Schäg in Bruchsal auf sein unterthänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste auf den 13. Juli d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 17. l. M. gnädigst geruht, den Amtsrichter Dr. Karl Freiherrn von Ruppelin in Wallbörn nach Donaueschingen, den Amtsrichter Hermann Spiegelhalter in Buchen nach Philippsburg, den Amtsrichter Georg Volkert in Engen nach Neckarbischofsheim, den Amtsrichter Dr. N. Stein in Sinsheim nach Engen zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 17. d. Mts. gnädigst geruht, den Revisor Friedrich Lepp bei dem Bezirksamt Bruchsal in gleicher Eigenschaft zu dem Bezirksamt Ueberlingen zu versetzen;

ferner die nachgenannten Residenten zu Revisoren zu ernennen:

Wilhelm Graf bei dem Bezirksamt Bühl, unter Versetzung zu dem Bezirksamt Donaueschingen, Karl Kirchenbauer bei dem Bezirksamt Eppingen, unter Versetzung zu dem Bezirksamt Bühl, Jakob Krauß bei dem Bezirksamt Konstanz, Friedrich Lauz bei dem Bezirksamt Schwetzingen und Adolf Hartmann bei dem Bezirksamt Pforzheim.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 17. d. M. dem Oberförster Karl Maler in Renzingen die Bezirksforste Offenburg gnädigst zu übertragen geruht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 19. April.

Das unverhüllt auftretende Streben der Fortschrittspartei, auch im Deutschen Reiche die konstitutionelle Verfassungs- und Regierungsform umzuwandeln in eine parlamentarische Monarchie, hat Anlass gegeben zu interessanten Vergleichen über die Sicherung wahrer und wirklicher Freiheit in Deutschland und in solchen Staaten, die als republikanische scheinbar einen besonderen Anspruch auf „freiheitliche“ Einrichtungen machen können. Eine unbefangene Betrachtung der durch monarchische Institutionen geschützten Rechtsordnung Deutschlands und der wechselnden Tyrannis der Parteien und Parteiführer in demokratischen Republiken spricht entschieden nicht zu Gunsten der letzteren. Die Unabhängigkeit der Rechtspflege, Unbestechlichkeit, Ehrenhaftigkeit und Pflichttreue des Richterstandes und der Verwaltungsbeamten neben der allgemeinen Wehrpflicht, neben den öffentlichen Verhandlungen der Parlamente, neben der gesetzmäßigen Freiheit der Presse sind für den Rechtsschutz des Einzelnen heute in Deutschland Garantien, wie kein Land der Welt sie stärker aufzuweisen vermag. In seinen Betrachtungen über Repräsentativverfassungen sagt Stuart Mill mit Bezug auf Amerika:

„Wenn die höchste Würde im Staate in Zwischenräumen von wenigen Jahren immer wieder durch Volkswahl übertragen wird, so verfehlt die ganze dazwischen liegende Zeit in einer politischen Anstrengung, die faktisch eine beständige Stimmenwerbung ist. Präsident, Minister, Parteihäupter und ihr Anhang, alles widmet sich der Wahlagitatio; das ganze Gemeinwesen wird von den bloßen Personalien der Politik in Anspruch genommen und jede öffentliche Frage wird weniger mit Rücksicht auf ihr eigenes Verdienst als nach ihrer Beziehung zur Präsidentenwahl erörtert und entschieden. Wenn man ein System zu dem Zweck hätte erfinden wollen, den Parteigeist zum leitenden Prinzip bei allen öffentlichen Angelegenheiten zu erheben und dahin zu wirken, daß nicht nur jede Frage zur Parteifrage werde, sondern daß sogar Fragen deshalb in's Leben gerufen werden, um als Grundlage für neu zu errichtende Parteien zu dienen, es wäre schwer gewesen, irgend eine Einrichtung zu finden, die für diesen Zweck geeigneter sein könnte.“

Eine interessante Bestätigung findet diese Kritik eines der radikalsten englischen Politiker durch die augenblickliche Lage der Dinge in der Union, insbesondere durch das Verhalten der legislativen Körperschaften. Ueber drei Monate ist der Kongreß versammelt, und noch hat man nicht eine einzige wichtige Bill erledigt. Wochenlang debattirte man über die Schuld des Generals Fitzjohn Porter, der vor 22 Jahren kriegsgerichtlich wegen Insubordination verurtheilt worden war und der jetzt durch ein

Gesetz wieder rehabilitirt ist. Die Gewährung einer Pension an eine Entelin von Jefferson beschäftigte beide Häuser mehrere Tage lang und eine Masse von gleichgiltigen laufenden Angelegenheiten und privaten Unterstützungsgesuchen nehmen die Zeit des Kongresses in Anspruch. Dagegen bleiben Vorlagen, welche von vitalem Interesse für die Vereinigten Staaten sind, unerledigt. Die wichtige Tariffrage ist bis heute noch nicht ernstlich in Angriff genommen. Geringe oder gar keine Aussicht auf Erledigung haben die Vorlagen betreffend das Transportwesen zwischen den Staaten, die Eisenbahn-Tarife, die Landbesetzungen an Eisenbahnen, die Münz- und Schuldenfrage u. a. Die oben citirten Worte Stuart Mill's geben eine Erklärung für diese Unthätigkeit der Legislative. Die Vereinigten Staaten befinden sich augenblicklich wieder unmittelbar vor einer Wahlcampagne, und da es beiden großen, sich gegenüberstehenden Parteien zunächst und vor allen sachlichen Erwägungen darauf ankommt, in der Präsidentenwahl zu siegen, so ist man auf beiden Seiten äußerst vorsichtig und läßt sich auf die Entscheidung wichtiger Prinzipien gar nicht ein. Die „Personalien der Politik“ sind wieder einmal das allein Entscheidende; ihnen gegenüber muß jedes andere Interesse weichen, sei es auch, daß dabei die dringendsten Bedürfnisse des Landes unberücksichtigt bleiben. Diese „Personalien“ interessieren aber im Grunde genommen nur eine verhältnißmäßig kleine Anzahl professioneller Politiker und Geschäftsführer (managers). Für sie sind die Wahlen Alles; halten sie und ihre Partei sich in der Mehrheit, so bestimmen sie wiederum die Wahl der Municipalbeamten, der Richter, Präfekten u. s. w. Sie leben von der Parteitagitation und diesem „Lebenszweck“ wird natürlich jedes andere Interesse untergeordnet. Einer handvoll Leute, die aus der Politik eine Profession machen, wird das Wohl des ganzen Landes geopfert!

Zur Beurtheilung der von der „Deutschen Freisinnigen“ Fraktion wieder aufgestellten Forderung eines verantwortlichen Reichsministeriums entnehmen wir der „Köln. Zig.“ nachfolgende verfassungsgeschichtliche und staatsrechtliche Ausführungen.

Die Reichsverfassung in ihrem ersten Entwurf kannte keine Persönlichkeit, welche für die Staatsakte im Reiche die Verantwortlichkeit zu übernehmen hat. Der Art. 18 (jetzt 17) des Entwurfs enthielt nur die Bestimmung, daß die vom Präsidium (so hieß damals der Kaiser) ausgehenden Anordnungen „von dem Bundeskanzler mitunterzeichnet werden“. Nun trat bereits bei den damaligen Verhandlungen die Forderung eines „verantwortlichen Reichsministeriums“ auf. Der Abg. v. Bennigsen stellte einen Antrag, welcher besagte: „Das Präsidium bestellend den Bundeskanzler, . . . ferner die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, welche nach dem Inhalt dieser Verfassung zur Kompetenz des Bundespräsidii gehören.“ Damit in Verbindung stand der weitere Antrag, den Schluß des Art. 18 dahin zu fassen: „— und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder eines der vom Präsidium ernannten Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, welche dadurch die Verantwortlichkeit übernehmen.“ Der erste Antrag wurde von dem Grafen Bismarck eifrig bekämpft. Er fiel bei namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 127 Stimmen und, als er später in etwas veränderter Form nochmals zur Abstimmung kam, mit 120 gegen 124 Stimmen. Danach wurden auch aus dem zweiten Antrag die Worte: „oder eines der Vorstände u. s. w.“ abfällig. Im Uebrigen aber fand dieser zweite Antrag, welchem auch Graf Bismarck keinen entscheidenden Widerstand entgegengekehrt hatte, Annahme durch eine große Mehrheit und ging so in den Art. 17 der Reichsverfassung über. Damit war die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die Staatsakte des Kaisers festgestellt.

Aber der Wunsch nach verantwortlichen „Ministerien“ war noch nicht zur Ruhe gekommen. Bereits im Jahre 1869 stellten die Abg. Twesten und Graf Münster den Antrag: „Für die zur Kompetenz des Bundes gehörigen Angelegenheiten eine geordnete Aufsicht und Verwaltung durch verantwortliche Bundesministerien im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen.“ Der Abg. Twesten begründete den Antrag, über welchen am 16. April 1869 im Reichstag verhandelt wurde, mit der Hinweisung darauf, daß ein einzelner Staatsmann doch nicht Alles verstehen und leiten könne. Eine solche persönliche Diktatur könne keine dauernde Einrichtung werden. Man laufe Gefahr, in chaotische Zustände zu gerathen. Der zweite Antragsteller hat den Grafen Bismarck, den Antrag als ein „Vertrauensvotum“ gegen ihn anzusehen. Graf Bismarck sah aber die Sache ganz anders an. In einer geistvollen Rede setzte er sich energisch gegen den Antrag zur Wehr. Er führte aus, daß es weit weniger schwierig sei, den Staat zu regieren, als jedesmal erst ein Kollegium von sieben gleichberechtigten Ministern zu überzeugen, und daß, wenn man ihm, dem Bundeskanzler, einen Kollegen geben wolle, dieser an demselben Tage sein Nachfolger

werden müsse. Der Verlauf der Verhandlung war der, daß Lasker als Schlussredner für gut fand, mit der ihm eigenthümlichen großen Geschicklichkeit den Rückzug anzutreten. Er erklärte, so schlimm sei ja der Antrag gar nicht gemeint; das Bundesministerium sei nur zu denken ungefähr so wie in England, daß der eine leitende Minister die Seele des Ministeriums sei und darauf zu achten habe, daß Jeder aus dem Ministerium scheide, der mit der leitenden Politik nicht im Einklang sich befände. Keiner der Antragsteller widersprach dieser Erklärung. Darauf erklärte dann aber Graf Bismarck: Wenn die Sache so gemeint sei, so habe auch er nichts dagegen. Aber das, was man begehre, sei ja schon im Bundeskanzler-Amt vorhanden; es fehlten bloß einige Ministertitel, mit denen er gar nicht so ängstlich sein würde. So löste sich die ganze Verhandlung fast in Wohlgefallen auf. Der Antrag wurde zu Ehren der Antragsteller mit 111 gegen 100 Stimmen angenommen, hatte aber, wie man voraussehen konnte, keine Folgen.

Eine weitere Erörterung der Frage fand statt am 1. Dezbr. 1874, als es sich darum handelte, ein Reichs-Justizamt als Unterabtheilung des Reichskanzler-Amtes in dem Etat einzureichen. Bei dieser Verhandlung gab Fürst Bismarck eine interessante Ausführung über die Natur der von ihm als Reichskanzler getragenen Verantwortlichkeit.

Wiederum wurde die Frage berührt, als im Jahre 1877 Fürst Bismarck dem Reichstage die Anzeige gemacht hatte, daß während seines durch Erkrankung nötig gewordenen Urlaubs seine Vertretung in den laufenden Geschäften durch den Präsidenten des Reichskanzler-Amtes und durch den Staatssekretär v. Bülow werde übernommen werden. Diese Anzeige wurde am 13. April 1877 im Reichstage zum Gegenstand einer Besprechung gemacht, welche jedoch einen leblich akademischen Charakter hatte. Nur wurde dabei auf gegebene Anregung von dem Staatssekretär v. Bülow ausgesprochen, daß die Gegenzeichnung kaiserlicher Erlasse von dem Reichskanzler selbst werde ertheilt, auch in dessen verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit durch die Vertretung nichts werde geändert werden.

Endlich fand die Frage einen gewissen Abschluß durch das im folgenden Jahre geschaffene Gesetz vom 17. Mai über die Stellvertretung des Reichskanzlers. Durch dasselbe wurde für zulässig erklärt, daß sowohl für die Gegenzeichnung des Reichskanzlers wie für die sonstigen demselben gesetzlich übertragenen Obliegenheiten sowohl ein allgemeiner Stellvertreter als auch Stellvertreter für die einzelnen in unmittelbarer Reichsverwaltung stehenden Amtszweige in der Person der Vorstände derselben bestellt werden können; unbeschadet des Rechtes des Reichskanzlers, jede Amtshandlung auch selbst vorzunehmen. Bei der Verhandlung war allseitiges Einverständnis darüber vorhanden, daß die Stellvertreter, welche statt des Reichskanzlers die Gegenzeichnung bewirken, damit auch die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit übernehmen. Seit diesem Gesetze besitzen wir nun eine Reihe von höchsten Reichsämtern (für das Auswärtige, das Innere, die Justiz, ein Reichs-Schatzamt u. s. w.), deren Vorstände mit der Stellvertretung des Reichskanzlers innerhalb ihres Dienstzweiges betraut sind. Es entspricht diese Einrichtung ganz derjenigen, welche bei der Verhandlung vom 16. April 1869 der Abg. Lasker als das Ziel des damals verhandelten Antrags hinstellte, nur mit dem Unterschiede, daß die Unterordnung der leitenden Vorstände unter den Reichskanzler nicht bloß thatsächlich besteht, sondern rechtlich geordnet ist, und daß dieselben auch jetzt nicht „Minister“, sondern nur „Staatssekretäre“ heißen.

Deutschland.

* Berlin, 18. April. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen Nachmittags den Besuch des Kronprinzen-Paares und der Erbprinzessin von Meiningen. Der Kaiser besuchte Abends die Vorstellung im Schauspielhaus. Die Kaiserin hat auch heute einige Stunden außer dem Bett zugebracht.

— Unter Bezugnahme auf die von den Regierungen der deutschen Seeufer-Staaten wegen der gesundheitspolizeilichen Kontrolle der Seeschiffe erlassenen Vorschriften bringt der Reichskanzler zur öffentlichen Kenntniß, daß der Hafenplatz Saigon (Hinterindien) als der Cholera verdächtig anzusehen ist.

— Die heute ausgegebene Nummer des „Reichs-Gesetzblattes“ publizirt den internationalen Vertrag betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer, welcher im Haag am 6. Mai 1882 zwischen Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden abgeschlossen ist. Der Vertrag ist am 15. März d. J. von den beteiligten Staaten ratifizirt worden und tritt am 15. Mai in Kraft. Schweden und Norwegen, die an der Konferenz von Anfang an theilnahmen, haben sich bisher der Konvention nicht angeschlossen; es ist indessen Aussicht vorhanden, daß dies in kurzer Zeit geschehen werde, da beiden durch einen Zusatzartikel der spätere Beitritt zur Konvention offen gelassen ist.

Der vor etwa einem Jahre in Frankfurt a. M. gegründete Deutsche Kolonialverein, welcher in den verschiedensten Theilen des Reiches bereits zahlreiche Zweigvereine besitzt, hat vor kurzem auch in der Reichshauptstadt Fuß gefaßt. An der Spitze eines provisorischen Vorstandes der zu bildenden Abtheilung Berlin stehen die Herren Graf Frankenberg-Tillowitz und Abg. Dr. Hamacher. Die engültige Konstituierung des Zweigvereins soll in einer auf den 30. April in Aussicht genommenen Generalversammlung erfolgen. Ein zu diesem Zweck in nächster Zeit zu erlassender Aufruf soll in weiteren Kreisen die Theilnahme an den Bestrebungen des Vereins anregen. Fern von allen politischen Parteizwecken, einer wichtigen nationalen Aufgabe dienend, zählt der Deutsche Kolonialverein gegenwärtig etwa 3300 Mitglieder, darunter über 20 Stadtgemeinden und fast eben so viele Handelskammern.

Der „Kurjer Bozn.“ bemerkt zu der Erklärung des „Moniteur de Rome“, daß die Nachricht von der Resignation des Kardinals Ledochowski und der Annahme dieser Resignation seitens des Papstes zum Theil verfrüht sei: „Leider scheint die Ernennung zum Vorsitzenden des Sekretariats der Bittschriften und zum Camerlengo des heiligen Kollegiums die Befürchtung zu bestätigen, daß wir einmal unsern Lesern die traurige Nachricht werden mittheilen müssen, Kardinal Ledochowski habe sich genöthigt gesehen, von dem Stuhle des H. Adalbert abzutreten, und der H. Vater habe diese Resignation angenommen, und insofern hat der „Moniteur de Rome“ wohl Recht, wenn er behauptet, diese Nachricht sei nur verfrüht; wenn er dagegen zuseht, diese Nachricht sei nur zum Theil verfrüht, so hat er die Thatsache im Sinne, daß seine Eminenz schon längst die dem H. Vater erklärt habe: Wenn es das Wohl der Kirche und das Heil der seiner Obhut vertrauten Seelen erfordere, sei er bereit, wenn auch mit tiefem Schmerze, das Band zu zerreißen, welches ihn mit der Erzbischöflichen Gnaden-Pfote verbindet.“ Zu dem letzten Telegramm der „Schles. Volkszeitung“, wonach Kardinal Ledochowski dem H. Vater seine Resignation eingehändig, dieser jedoch dieselbe nicht angenommen habe, bemerkt der „Kurjer Bozn.“: „Davon haben wir bereits seit einem Jahre genützt.“

Darmstadt, 18. April. Großfürst Sergius ist heute zum Besuche der Königin Olga nach Stuttgart abgereist; er kehrt Sonntag hierher zurück. — Die Deutsche Kronprinzessin trifft hier am 25. April ein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. April. Der herzliche Empfang des Kronprinzen-Paares durch den Sultan macht allgemein den besten Eindruck. Der Sultan verlieh dem Kronprinzen das Großkreuz des Osmanordens in Brillanten, der Kronprinzessin und der Gräfin Sylva Tarouca, der Schwester Kalnoky's, das Großkreuz des Szeffardordens. Die gesammte Suite wurde dekoriert. — Die ungarischen Reichstags-Wahlen finden vom 15.—25. Juni statt. — Hugo Schenk und Schlosarek sollen am Mittwoch, 22. April, hingerichtet werden.

Frankreich.

Paris, 18. April. Eine im Marineministerium eingegangene Depesche aus Hanoi meldet, daß die Citadellen Phu-Lan-Thien und Long-Van geschleift werden sollen. Der Feind ist auf voller Flucht und wird in der Richtung gegen Anam und die Provinz Than-Hoa verfolgt; in letzterer werden die Anstifter des Mordes der Missionare bestraft werden. — Grévy hat einen Ausflug auf das Land wegen des jetzigen kalten Wetters aufgegeben. — Heute Vormittag fiel Schnee bei 1 Grad über Null. In der Stadt schmolz der Schnee, blieb jedoch in der Umgebung liegen. In den östlichen Gegenden Frankreichs zwischen Maas und Rhein hat es vielfach Reif gegeben. Die Weinstöcke haben sehr gelitten.

Großbritannien.

London, 18. April. Ein neuter'sches Telegramm aus Simla von heute meldet: Von der indischen Polizei sei eine große Anzahl Proklamationen mit Beschlag belegt worden, die angeblich vom Mahdi herrühren.

Rußland.

St. Petersburg, 18. April. Die neueste Gesetzesammlung enthält eine kaiserliche Verordnung, wonach der Werth von russischer klingender Münze beim Versandt durch die Post nach Wunsch des Absenders beklart werden kann, aber nicht niedriger als der einfache und nicht höher als der doppelte Nominalpreis derselben ist.

Türkei.

Konstantinopel, 18. April. Es bestätigt sich, daß der Arbeitsminister Hassan Fehmi Pascha das Justizministerium übernehmen soll. Der Oberzeremonienmeister Munir Bey ist zum Muschir ernannt. — Heute Mittag besuchte das österreichische Kronprinzen-Paar das Selamlit in der Moschee von Dolmabahische, empfing darauf bei dem Botschafter Calice die Vertreter der österreichisch-ungarischen Kolonie und das diplomatische Corps und machte einen Ausflug nach den europäischen Süßwassern. Der Sultan wird dem Kronprinzen einen brillantgeschmückten Säbel, der Kronprinzessin ein Brillantcollier schenken. — Varing erhielt heute Nachmittag folgende Depesche Gordon's vom 9. April: Ein hier eingetroffener Kaufmann aus El-Obeid, der El-Obeid vor 12 Tagen verließ, erzählt, der Mahdi sei vom Stamme Tegebo zweimal geschlagen worden; er erlitt dabei empfindliche Verluste. Der Mahdi sei fast in demselben Maße, wie wir, von den Aufständischen umschlossen. Die Nachricht von der Gefangennahme Slatin Bey's sei unrichtig.

Ägypten.

Kairo, 18. April. Dr. Koch und die Mitglieder der deutschen Cholera-Kommission reisen morgen von hier nach

Alexandrien ab und dürften mit dem nächsten Brindisi-Dampfer nach Europa zurückkehren.

Afrika.

Tunis, 18. April. Der deutsche Generalkonsul Dr. Nachtigall reiste gestern nach der afrikanischen Westküste ab.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 19. April.

Heute Vormittag kurz vor 12 Uhr traf Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich, Königin von Ungarn und Ihre Kaiserliche Hoheit die Erzherzogin Valerie mit hohem Gefolge von Heidelberg hier ein. Ihre Majestät hatte sich jedweden offiziellen Empfang verboten. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin empfingen Ihre Majestät am Bahnhof und geleiteten Allerhöchstdieselbe in's Großherzogliche Schloß. Ihre Majestät besuchte die Pflanzenhäuser des Großherzoglichen Botanischen Gartens und begab sich gegen 1 Uhr, von den Großherzoglichen Herrschaften begleitet, wieder zum Bahnhof, von wo ein Extrazug die Kaiserin nach Heidelberg zurückführte.

Heute Nachmittag nahm der Großherzog mehrere Vorträge entgegen und empfing den Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg sowie den Oberlieutenant von Trezkow zur Vortragserstattung.

Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“ Nr. 16 enthält: Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Oedenverleihungen, Erlaubniß zur Annahme einer fremden Medaille, Dienstaussichten (schon mitgetheilt). Nachrichten über das Post- und Telegraphenwesen (schon mitgetheilt).

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. Rechtsanwält Ketterer in Karlsruhe. Nachdem Rechtsanwält Epiphon Ketterer in Waldshut auf die Zulassung bei Großherzoglichem Landgericht dafelbst verzichtet hat, ist derselbe gemäß § 24 der Rechtsanwalts-Ordnung in der Anwaltsliste des Großherzoglichen Landgerichts Waldshut gelöscht.

Anstellung von Notaren, deren Distrikte und Wohnsitze betr. Die nachgenannten Distrikte werden den folgenden Notaren übertragen: 1) Freiburg IV. dem Notar Max Weber in Ladenburg, 2) Ladenburg dem Notar Gustav Leonhard in Bruchsal, 3) Bruchsal III. dem Notar Michael Schott in Griesheim und 4) Griesheim dem Notar Friedrich Alois Eduard Schirmann in Gsach.

Allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen. Die nachgenannten Geistlichen sind theils auf Grund ordnungsmäßigen Nachweises der in Artikel I des Gesetzes vom 5. März 1880 bestimmten Erfordernisse, theils auf Grund erwirkter Dispensation nach § 1 der landesberuflichen Verordnungen vom 11. April 1880 zur ständigen öffentlichen Ausübung kirchlicher Funktionen sowie zur Erlangung von Kirchenämtern im Großherzogthum Baden staatlich zugelassen: a. Evangelisch-protestantische Geistliche: Däublin, Karl Friedrich, von Galtlingen, Pfarrkandidat 1888, Mes, Georg Michael, von Seckenheim, Pfarrkandidat 1888, Treiber, Ludwig August Ditto, von Neufreistadt, Pfarrkandidat 1888; b. der Kandidat der evangelischen Theologie: Hagenmaier, Gotth. Heinrich Theodor, von Böttigheim; c. der katholische Geistliche: Kosar, Josef, von Svy (Böhmen), Priester seit 1875.

Entschliessung für auf polizeiliche Anordnungen geordnete Thiere, hier die Feststellung der Umlagen zum Ersatz der Entschliessungen. Der auf Grund der Gesetze vom 30. Januar 1879 und 6. März 1880 der Staatskasse zu ersetzende Aufwand an Entschliessungen, einschließend der Hegebühren und sonstigen Verwaltungskosten, betrug im Jahr 1883:

I. Für geordnete Pferde	8,581 M. 73 Pf.
Hierzu sind durch Ueberkäufe aus dem Jahre 1882 gedeckt	116 „ 50 „
Zur Deduktion des Restes mit	8,465 M. 23 Pf.
sind bei einer Pferdezahl von 64,186 Stück von den Pferdebesitzern im Jahre 1883 für jedes Pferd zu entrichten 14 Pfennig.	

II. Für geordnete und gefallene Rindvieh 35,151 M. 51 Pf.	
Hierzu sind durch die Ueberkäufe aus dem Jahre 1882 gedeckt	12,808 „ 59 „
Zur Deduktion des Restes mit	22,342 M. 92 Pf.
ist von den Rindviehbesitzern im Jahre 1883 bei einem Rindviehbestande von 609,326 Stück der gesetzliche Minimalbetrag von 5 Pfennig für jedes Stück Rindvieh zu entrichten.	

Der Gesetzentwurf über die Erbauung einer Eisenbahn von Sedach über Buchen nach Waldhörn (s. c.), welcher zunächst der Zweiten Kammer vorgelegt ist, hat folgenden Inhalt: Art. 1. Unter der Bedingung, daß der Staatsbahn-Verwaltung das für die Anlage der Bahn sammt Zugehörden erforderliche Gelände durch die Interessenten unentgeltlich zu Eigentum gestellt wird, soll auf Staatskosten eine Eisenbahn von der Dornwaldbahn-Station Sedach über Buchen nach Waldhörn gebaut werden. Art. 2. Die Bahn soll einspurig und nach den für Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung gültigen Normen mit einer Spurweite von 1,435 m hergestellt werden. Art. 3. Mit dem Bau der Bahn soll begonnen werden, sobald die Erfüllung der in Art. 1 vorgesehenen Bedingung seitens der Beteiligten sicher gestellt ist und im Eisenbahnbau-Budget die Mittel zur Ausführung bewilligt sein werden. Erfolgt eine Sicherstellung nicht vor Ablauf der Jahres 1885, so ist die Wirksamkeit dieses Gesetzes erloschen.

Aus der Begründung heben wir Folgendes hervor: Das jetzige Projekt weicht von den früheren Bearbeitungen wesentlich ab. Gegenüber den früheren Vorschlägen für eine durchgehende Hauptbahn wurde nämlich eine sehr erhebliche Reduzierung der Kosten dadurch ermöglicht, daß das Secundärbahn-Projekt sich enge an das natürliche Gelände mit Vermeidung von größeren Massenbewegungen anschmiegt, dadurch aber allerdings mit erheblicheren Steigungen und mit Gefälle behaftet ist, weil nach der Gestaltung des Terrains zwei mächtig hohe Wasserscheiden zu überwinden sind. Die in dem Projekt gewählten Maximalsteigungen von 1:50 und Minimalradien von 200 Meter gestatten übrigens einen vollkommen sichern und regelmäßigen Betrieb nach der Bahnordnung für Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung. Die projektirte Bahnlinie zweigt von der Westseite der Station Sedach ab und zieht an den östlichen Hängen des Hiffelbachthales mit wechselnden Steigungen von 1:130 bis 1:84 bis nach Böttigheim hin. Von der Station Böttigheim

steigt die Trasse mit 1:50 und 1:60 bis auf die Wasserscheide bei Buchen, fällt von hier in mäßigen Steigungen von 1:100 bis 270 bis zur Station Buchen, von wo sie wieder mit 1:50 bis auf die zweite Wasserscheide zwischen Hainstadt und Waldhörn ansteigt und von hier unter ziemlich ständigen Abfallsteigungen bis zur Endstation Waldhörn sich fortsetzt. In der Nähe von Buchen macht das Alligement der Bahn einige scharfe Wendungen mit Bogen von je 200 m Radius, im Uebrigen ist dieses für den Betrieb günstig. Die Bahn hat eine Gesammtlänge von 19,7 km. Stationen, welche den Wünschen der Bevölkerung entsprechend möglichst nahe bei den Ortschaften projektirt sind, sollen für Personen- und Güterverkehr, jedoch mit möglichst einfacher Einrichtung angelegt werden bei: Böttigheim, Buchen, Hainstadt und Waldhörn. Außerdem muß die Station Sedach für die Einführung der neuen Bahn erweitert werden. Die Einfahrt soll unabhängig von den Hauptgleisen der Dornwald-Bahn an einem neu zu erstellenden Inselvorrath statthaben, was im Interesse der Betriebssicherheit geboten erscheint. Die Baukosten der Bahn sind veranschlagt auf 1,650,000 Mark. Die Anschaffung des Rollmaterials würde 88,300 M. erfordern. Die Erwartungen auf den Ertrag der Bahn werden sich in sehr bescheidenen Grenzen bewegen müssen. Nach zwei Methoden wurden Rentabilitätsberechnungen angestellt und aus ihnen das Mittel gezogen, wonach die Einnahme 71,975, die Ausgabe 62,832 M. betragen, sich also ein Jahresüberschuss von 9143 M. ergeben würde. Diese würden zu 4 Proz. ein Kapital von 228,575 M. verzinsen; zur Verzinsung des weiteren Anlagekapitals von 1,509,725 Mark wäre ein alljährlicher Zuschuß von 60,389 M. erforderlich.

Nach diesem Ergebniss müßte, wenn der finanzielle Standpunkt als allein maßgebend betrachtet würde, von Ausführung der Bahn abgesehen werden. Die Groß. Regierung geht jedoch von der Ueberzeugung aus, daß obiges Opfer aus politischen oder überwogen werden wird durch die mittelbaren Wirkungen und Vortheile, welche aus dem Unternehmen für den Betrieb der Landwirtschaft und der Gewerbe jenes Landestheiles hervorzugehen vermögen. Immerhin hat die Staatskasse eine bleibende Last auf sich zu nehmen zu Gunsten von wesentlich lokalen Bedürfnissen und es erscheint deshalb, wie bei der Hölenthal-Bahn, auch hier durchaus gerechtfertigt, daß die Lokalinteressenten zu den Baukosten einen ihres Kräfte entsprechenden Beitrag leisten. Bei Anwendung des bei der Hölenthal-Bahn angelegten Theilverhältnisses würde dieser hier auf ungefähr 250,000 Mark festzusetzen sein. Da insofern die beteiligten Gemeinden sich auf einen Stand erklärt haben, bei ihrer sehr geringen Leistungsfähigkeit einen Beitrag in dieser Höhe aufzubringen, und das Unternehmen nicht gerade von der absoluten Einhaltung einer festen Beitragsquote, als vielmehr von der Wahrung des Grundsatzes einer den konkreten Verhältnissen anzupassenden Vetheiligung der Interessenten abhängig zu machen sich dürfte, so glaubt die Groß. Regierung im vorliegenden Fall mit dem Verlangen der unentgeltlichen Geländebestellung, d. h. mit einer Beitragsleistung im Anschlag von 152,800 Mark sich begnügen und auf einen weiteren baaren Zuschuß zu den Baukosten verzichten zu sollen.

Zum Artikel 3 wird bemerkt: Die Hauptbetheiligten bei der Bahnerstellung sind die Städte Buchen und Waldhörn, welche gemeinsam dem Staat gegenüber die Garantie für Erfüllung der in Artikel 1 von den Interessenten verlangten Bedingung zu übernehmen haben werden. Nach Sicherstellung dieser Bedingung soll mit dem Bahnbau selbst überigens erst dann vorgegangen werden, wenn die Lage des Staatshaushaltes solches gestattet und die erforderlichen Mittel im Eisenbahnbau-Budget bewilligt sein werden. Es erscheint angezeigt, die Wirksamkeit des Gesetzes wieder erlöschen zu lassen, wenn die erwählte Sicherstellung nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgt.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung vom 17. April.) Das östliche Thorgebäude am Friedrichsthor wird an Herrn Privatmann Chr. Höck käuflich abgetreten. Die darin befindliche Verbrauchssteuerheber-Stelle soll in das gegenüber liegende westliche Thorgebäude verlegt werden. Die Rechtswirksamkeit des Kaufs soll jedoch davon abhängig gemacht werden, daß der Kgl. Militärfiskus das ihm gebührende westliche Friedrichsthor-Gebäude gegen das der Stadt gebührende nördliche Durlacherthor-Gebäude eintauscht. — Groß. Bezirksamt theilt den Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift über das Vermietben von Schlafstellen zur Aeußerung mit. Der Stadtrath ist mit dem Entwurf einverstanden und ertheilt demselben seine Zustimmung. — Die von dem städtisch gewordenen Kaffee der städtischen Gas- und Wasserwerke D o l d verübten Unterschlagungen werden sich nach den bisherigen Zusammenstellungen voraussichtlich auf etwa 7000 M. belaufen, so daß die Stadtkasse, nach Deduktion des Betrags von 3000 M. durch die geleistete Kaution, noch einen Schaden von etwa 4000 M. erleiden dürfte. — Der Groß. Oberbürgermeister theilt den Bescheid auf die an der Knaben-Fortbildungsschule vorgenommene Visitation mit. Derselbe spricht sich über die Leistungen und das Betragen der Schüler recht günstig aus und zollt namentlich auch dem Hauptlehrer der Fortbildungsschule Weingert besondere Anerkennung. — Ein Besuch des Büchsenmachers Reinhold Andree aus Gatz in Pommern um Aufnahme in den bad. Staatsverband wird Groß. Bezirksamt befürwortend vorgelegt.

(Vom Wetter.) Der April zeigt seine Launen: Heute früh wurden wir durch leichten Schneefall überrascht, der sich Mittags wiederholte. Auf den Straßen löste sich der Schnee sofort auf, blieb aber auf den Dächern, Grasplätzen u. dgl. liegen. Einen eigenthümlichen Anblick gewährten Schloßplatz und Park: Die grünenden Bäume und Gehäusche mit Schnee bedeckt. Auch aus andern Orten des Großherzogthums wird Schneefall berichtet.

Heidelberg, 18. April. Der Gemeinnützige Verein für Aufschwung und Hebung Heidelberg hat sich dieser Tage definitiv gebildet. Derselbe erließ bereits einen Aufruf an die Mitbürger zum Beitritt in den Verein. Die aus der Mitte des Ausschusses ernannten Kommissionen sind zunächst: 1) für Verschönerung der Stadt und Umgegend, sowie Förderung der Annehmlichkeiten für den Aufenthalt der Fremden; 2) für Beschäftigungsgewesen; 3) für Verkehrsweisen und 4) für das Vermietungswesen. Zunächst hat der Verein die Ausführung der schon seit längerer Zeit beabsichtigten Erbauung eines Musiklokes in der Anlage ernstlich in Angriff genommen, so daß dessen Benutzung zu Konzerten noch im Laufe dieses Sommers möglich sein wird. Der Verein sieht es als seine Aufgabe an, die städtischen Behörden in ihrem allerdings durch die Knappheit der Mittel beengten Bestreben, die Stadt und Umgegend zu verschönern, möglichst zu unterstützen, und wird Hand in Hand mit denselben zu wirken suchen.

Mannheim, 18. April. (Vortrag. Marktordnung.) Farrer K a y s e r aus Karlsruhe hielt gestern Abend im Kasino eine Vorträge über Arbeiterkolonien. — In seiner gestrigen

Sigung hat der Stadtrat, dem Antrag der Marktcommission entsprechend, eine neue Marktordnung beschlossen, die am 15. Mai d. J. in Kraft treten soll. Es wird alsdann, wie in anderen Städten von jeher, nach Beendigung des Marktes der Platz von Wagen, Rörben, Brettern, Ständen incl. Fleisckständen geräumt sein müssen.

(Regat.) Das kürzlich in München verstorbene Fräulein Adelheid v. Palau, vormalige Vorsteherin des Groß. Instituts hier, hat für die hiesigen Armen ein Legat von 1000 M. bestimmt.

Offenburg, 18. April. Verurtheilung wegen Vergehens gegen das Socialistengesetz. In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde Schreiner Johann Boulanger von hier wegen mehrfachen Vergehens gegen das Socialistengesetz zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, auf welche ein Monat der Untersuchungsfrist aufgerechnet wurde, verurtheilt. Boulanger, ein in seinen Verhältnissen zurückgefallener Schreiner, ließ sich von Parteigenossen verleiten, vor Weihnachten v. J. eine Reise nach Zürich zu machen und sich dort von den Leitern der socialistischen Druckerei in Hottlingen als Agent für die Verbreitung verbotener Druckschriften, welche über Konstanz eingeschmuggelt wurden, anwerben zu lassen. Man versprach ihm angemessene Bezahlung und herabgelassene Preise für die Verbreitung, daß bei dem Geschäft nicht viel zu riskiren sei. Boulanger empfing darauf über Konstanz nach und nach mehrere größere Sendungen verbotener Druckschriften, namentlich Tausende von Exemplaren der Zeitung „Socialdemokrat“, und besorgte dieselben per Bahn und Post unter falschem Namen an die ihm von Zürich bezogenen Adressen, namentlich in die Industrieregionen der Rheinlande und nach Berlin und Umgebung. Anfangs Februar wurde dann eine neue Sendung in Konstanz angehalten und beschlagnahmt, welche an einen Nachbarn Boulanger's adressirt war. Die weiteren Erhebungen hatten die vollständige Ueberführung Boulanger's zum Erfolg. Inzwischen wurden die Nachforschungen von verschiedenen Behörden fortgesetzt und erbrachten sichere Beweise dafür, daß schon seit längerer Zeit von Offenburg aus verbotene Druckschriften verbreitet werden. Wegen dieser Verbreitung wurden gestern zwei weitere hiesige Einwohner verhaftet und es ist bereits gerichtliche Voruntersuchung gegen sie anhängig.

Aus der Ottenau, 18. April. (Landwirthschaftliches. Kreis-Fliegelausstellung.) Die Zufuhr von Hopfenfrüchten aus dem Schwarzwalde dauert fort, obwohl die Preise geringe sind. Es findet diese Thatigkeit in der sich vollziehenden Ausdehnung des Hopfenbaues ihre Erklärung. — Der Frost in der ersten Hälfte des Monats hat, wie ein Gang in die Reberge befehen kann, nur in den höheren Lagen Schaden zugefügt; in den unteren Lagen dagegen, wo die meisten Ähren noch „in der Wolle“ stecken, sieht man kaum grau und schwarz gewordene Samen und Blätter. Die Roggkörner, die schon teilweise blühen, kamen im Ganzen schadlos davon. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Kreisaußschuß Offenburg in dem ehemaligen Amtshaus in der Ecke eines Flügels der Kreis- und Fliegelausstellung zu errichten, da sich deren Räumlichkeiten als unzureichend erwiesen haben.

Freiburg, 18. April. (Arbeiterkolonien. Gemäldeausstellung.) Zur Vervollständigung der Gründung einer Arbeiterkolonie im Großherzogthum Baden war hier gestern eine Anzahl von Herren im Rathhaus-Saal zusammengetreten. Man beschloß zunächst für die Stadt Freiburg ein Exerzitienkomitee einzusetzen, das die Angelegenheit nach bestimmten Gesichtspunkten weiter zu betreiben hat. Dasselbe besteht aus den Herren Bürgermeister Köttlinger, Fabrikant C. Mez, Privat Videl, Major A. D. Camerer, Ministerialrath und Landeskommissar Hebtin, Geheimrath C. F. F. und Strafanstalts-Geschäftlicher F. Krauß. — In der Kunst- und Festhalle werden für einige Tage folgende Gemälde ausgestellt: Karl von Piloty's „Die Kluge und die thörichte Jungfrau“, Gabriel Max' „Das Schweigtuch der heiligen Veronica“, Emanuel Spitzel's „Der avirte Bahnanfall“.

Vörsch, 18. April. (Zum Besuch Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin. Preisvertheilung.) Die gefrige Mittheilung über den Besuch der hiesigen städtischen Industrieausstellung durch Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin ergänzend berichten wir noch, daß Ihre Königl. Hoheit bei Höchster Abreise geruhten, dem hiesigen Frauenverein 100 M. und der Kleinkinderschule 50 M. zu überreichen. Die reiche Gabe wurde mit innigstem Danke entgegengenommen und es gereicht dem Frauenverein dieser erneute Beweis des huldvollen Interesses, welches unsere erhabene Landesfürstin an seinen Arbeiten und Bestrebungen durch diese Bethätigung hoher Güte auf's neue bekundet hat, zu freudiger Aufmunterung. — Wie bereits in diesem Blatte berichtet, hat die diesjährige Preisvertheilung 150 M. bewilligt zu Prämien für diejenigen Handarbeits-Lehrerinnen, welche bei der hiesigen städtischen Ausstellung die besten Schülerarbeiten vorweisen würden. Das Preisgericht, bestehend aus Hrn. Deden aus Karlsruhe, einigen Komitadedamen des hiesigen Frauenvereins und dem Groß. Kreis-Schulrath hat sechs erste Preise von je 15 M. zuerkannt, sechs zweite von je 10 M., und neun Schulen wurden öffentlich belobt. Mit ersten Preisen wurden bedacht die beiden Lehrerinnen von hier, sodann die Lehrerinnen von Stetten, Mühlheim, Schopfheim und Todtnau. Die Preisvertheilung fand gestern Abend 5 Uhr statt und erfolgte in Anwesenheit des Groß. Kreis-Schulraths und der obengenannten Damen durch den Rezipienten dieses Betreffs im Kreisaußschuß, Herrn Dr. Hermann von Zell. — Wie alljährlich, so hatte auch dieses Jahr wieder Ihre Königl. Hoheit die Gnade, dem hiesigen Frauenverein fünf Exemplare des Schriftchens „Mit Gott“ zu überweisen zur Vertheilung als Prämien an die besten Schülerarbeiten der obersten Klasse der weiblichen Arbeitsschule. In Anbetracht der hervorragenden guten Leistungen dieser Schule hat der Frauenverein neun weitere Prämien hinzugefügt und es wurden die 14 Preise gestern unmittelbar vor der Ankunft Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin den betreffenden Schülerarbeiten bedingt. Für diese wurde dadurch der Tag ein doppelter Freudentag und Ehrentag.

Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum. In Ronau fiel das 2 Jahre alte Kind des Landwirths Leigbach in eine mit lebender Milch gefüllte Pfanne und erhielt dabei so entsetzliche Brandwunden, daß es wenige Stunden darauf starb.

Theater und Kunst.

K. Karlsruhe, 19. April. (Groß. Hoftheater.) Der gefrige Schauspiel-Abend brachte neu einstudirt „Rabale und Liebe“. Sehr erfreuliche, durchdachte und künstlerisch abgerundete Leistungen boten namentlich Herr Lange als Miller, Herr Brasch als Ferdinand, Herr Wassermann als Wurm, Herr Gröfser als Frau Miller, zu denen sich noch Fräulein Buch, insofern sie nicht durch individuelle Schranken behindert

war, mit einer achtungswerthen Verkörperung der Lady Milford gefellte. Der Stadtmusikant Miller des Herrn Lange ist eine kernhaft, einfach und überzeugend in Spiel und Rede, ebenso erfrischend und erquickend in seiner derben Geradheit und Ehrlichkeit, als erregend und rührend in seiner tiefen Gemüthserschütterung, seiner warm hervorbrechenden Liebe zu seinem Kinde und in seinem großen Schmerze. Herr Brasch brachte alle Seiten des Ferdinand mit Verständniß zur Wiedergabe, und sowohl der edle, achtunggebietende Mann von Ehre, als der stolze, vornehme Cavalier und der schwärmerische Liebhaber gelangten zur Geltung, vor allem ließ es der Künstler nicht an dem nöthigen Ungelüme, der stürmisch hervorbrechenden Leidenschaftlichkeit fehlen. Eine fein ausgearbeitete Charakteristik des Wurm bot Herr Wassermann. Das schleichende, biegsame Benehmen, das listige, heuchlerische Wesen des „widrigen, konfirirten Keils mit den kleinen türkischen Mänsaugen“, wie der klug urtheilende Stadtmusikant den rätkelnden „Kameraden“ des Präsidenten nennt, traf er vorzüglich. Die Uebersetzung des Sekretärs mit dem Präsidenten, worin die beiden ihren teufelischen Plan vereinbarten, war lebendig durch das treffliche Spiel des Herrn Wassermann von Interesse. In der Briefscene spricht der Künstler die Worte: „Ich habe heraldisches Mitleid mit ihnen!“ im Tone voller Ueberzeugung, eine Auffassung, der wir nicht bezupflichten vermögen. In Wurm's Herzen findet ein reines Gefühl keinen Platz mehr, und nicht ihre Tugend ist es, was ihm Luise begehrenswürdig erscheinen läßt. Fräulein Bruch fand als Lady Milford namentlich in jenen Momenten Gelegenheit zur Entfaltung ihres Talentes, wo sich der Stolz der Engländer kundgibt und scharfe, schneidende Accente geboten erscheinen, während ihr der Ausdruck süßer Schmeichelei, heißer Sehnsucht und verzehrender Liebesglut nicht so überzeugend zu Gebote standen. Ungenügendes boten Herr Bed vom Stadttheater in Würzburg als Präsident von Wolter und Fräulein Pettera als Luise. Einem solchen verständnißlosen, monotonen Herfangen der Rolle gegenüber, ohne Heben und Senken der Stimme, ohne charakteristische Betonung selbst des Wichtigsten und Rabeliegenderen, wie dies bei dem Gaste der Fall war, ist es schwer, überhaupt von schauspielerischem Talente zu reden. Fräulein Pettera steht der Luise gleichfalls sehr fremd gegenüber. Ihr Spiel und ihre Rede streifen nur die Oberfläche der freilich nicht leichten Aufgabe; selten gelang ihr ein warmer, überzeugender Ton und wo die unalltliche Luise ihr ganzes Weh in bewegenden Worten ausspricht, brachte sie es nur zu einem unwahren singenden Pathos. Sehr deutlich trat die schauspielerische Unfertigkeit des Hrn. Pettera in der Scene mit Wurm zu Tage. Von einer ängstlichen Aufregung, einem heftigen Erschrecken, als Wurm sie anredet, von einer Berachtung des schurkischen Sekretärs, einer Bitterkeit, als sie ihre Verwundung ausdrückt, daß er „seine Braut nicht vom Marktplatz abhole“, von einer Bekämpfung und ängstlichen Gast, als sie ausruft: „Von meinem Vater? wo ist mein Vater?“ war wenig zu finden. Damit, daß Luise am geöffneten Fenster niederstürzt, ist nicht viel gethan; wenn nicht ihre innere Qual aus jedem Worte heraus spricht, wird man ihr niemals Glauben schenken. Mit der Rolle des Hofmarschalls hat sich Hr. Reiff offenbar viele Mühe gegeben, ohne sich dieser Aufgabe gewachsen zu zeigen. Der Künstler schwelgte förmlich in einem weinerlichen Tone; die Hauptrolle ist jedoch eine fein und scharf pointirte Sprache und ein charakteristisches Spiel. Der beabsichtigte Effekt in der Pistolenscene wird nur halb erreicht, wenn der Hofmarschall den Lauf der Waffe bloß anfacht, statt diese ganz von sich abzulenen.

(Groß. Hoftheater.) In Karlsruhe. Sonntag den 20. April. 53. Ab.-Vorh.: Die Reise nach China, komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Labiche und Delacour. Deutsch von C. J. Grünbaum. Musik von Franz Bozini. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 22. April. 54. Ab.-Vorh.: Das Glückchen des Eremiten, komische Oper in 3 Aufzügen, nach dem Französischen des Lortol und Cormon. Deutsch von G. Ernst. Musik von Aimé Maillart.

In Baden. Montag, 21. April. 3. Vorh. außer Abonnement. Zum Vortheil der Genossenschaft deutscher Bühnengenossen. Neu einstudirt: Preziösa, romantisches Schauspiel in 4 Akten, von B. A. Wolff. Die zur Handlung gehörige Musik von Karl Maria v. Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.

62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 22. April, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung

des Berichts der Kommission für die Gesetzesvorlage, die Staatsbeiträge zu den Gehältern der Volksschullehrer betr. Berichterstatter: Abg. Strübe. 3) Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Vorstandes des allgemeinen badischen Volksschullehrer-Vereins, die Erhöhung der Lehrer-Wittwengehälter und die Beschränkung bezw. Aufhebung des Präsentationsrechtes der Gemeindebehörden bei Anstellung von Lehrern betr. Berichterstatter: Abg. Strübe. 4) Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte mehrerer Bewohner von Bruchsal um Ermäßigung der Hundsteuer. Berichterstatter: Abg. Strauß.

Verschiedenes.

(In Lübeck) wurde am 16. das im Jahr 1878 errichtete Testament Emanuel Geibel's publizirt. Aus demselben geht hervor, daß der Dichter kein irgendwie nennenswerthes Vermögen hinterlassen hat, was erklärlich ist, da Geibel bekanntlich niemals die Kunst moderner Schriftsteller erlernte, aus ihren poetischen Produktionen Kapital zu schlagen. In der vom Dichter selbst in seiner kräftigen charakteristischen Handschrift abgefaßten kurzen Urkunde wird seiner langjährigen Hausfreundin und Nichte Fräulein Bertha Geibel eine jährliche Rente ausgesetzt. Zur Erbin seines Vermögens einschließlich seiner Autortrechte erbennt Geibel seine Tochter, Ehefrau des Lübecker Rechtsanwalts Dr. Ferd. Fehling. Letzterem wird die Vollstreckung des Testaments übertragen und die Bibliothek des Dichters vermacht. Der Erbin legt Geibel ausdrücklich an's Herz die Fürsorge für das auf dem Friedhofe in München befindliche Grab seiner jung verstorbenen und viel bewundenen Gattin Ada.

New-York, 16. April. (Ein Regent), der vorigen Samstag Abend unweit Austin, Texas, eine Frau brutal ermordet hatte, wurde verfolgt und gestern festgenommen. Eine wüthende Volksmenge schleppte ihn nach dem Schauplatz des Verbrechens, wo er seine Schuld eingestand. Er wurde dann zu Tode gerichtet.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 19. April. Der Kaiser nahm heute Vormittag mehrere Vorträge entgegen. Die Kaiserin ist zwar noch bettlägerig, doch macht deren Befinden stetige Fortschritte.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 15. April. Ferdinand Ernst Karl, B.: Ernst Schneider, Kaufmann. — 17. April. Emma, B.: Stef. Freitag, Bäcker. — 19. April. Hermann Theodor, B.: Wilhelm Koch, Bauführer.

Eheaufgebote. 16. April. Viktor von Randow von Strom, Secondlieutenant in Durlach, mit Luise Barth von Buenos-Aires. — 17. April. Johann Vogel von Stuberich, Dreher hier, mit Elisabeth Gund von Blankstadt. — 18. April. Ludwig Schumacher von Jittingen, Schuhmacher hier, mit Elisabeth Döbel von Heidelberg.

Eheschließungen. 19. April. Karl v. Böhm von Ranzendorf, Major in Ebing, mit Marie v. Clossmann von hier. — Frz. Durlach von Wölsch, Schuhmacher in Durlach, mit Marg. Fichtaler von Durlach. — Frz. Dörner von Freinsheim, Schneider hier, mit Albertine Reiter von Sandhofen. — Frinzus Belfer von Börtlingen, Schmied hier, mit Maria Dirlh von Michelbach. Todesfälle. 17. April. Hermine Rigmann, lb., Privatier, 49 J. — 19. April. Friedrich Geisele, Gemann, Sergeant a. D., 35 J. — Bertha, 2 J., B.: Ren, Schutzmann.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

April	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Simmel.
	mm	in C.	in mm	in %		
18 Nachts 9 Uhr 1)	741.7	+ 4.3	4.9	79	NE	bedekt
19 Morgs. 7 Uhr 2)	740.7	+ 0.7	4.6	54	NE	"
" Mittags 2 Uhr	742.4	+ 1.8	4.8	91	NE	"

1) Regen. 2) Schnee. Schnee und Regen = 7.5 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Mainz, 19. April, Morgs. 3.30 m, gestiegen 1 cm.

Witterungsaussichten für Sonntag, 20. April. Es ist noch immer kühes, trübes Wetter mit Niederschlägen zu erwarten. Witterungsbüreau Karlsruhe.

Wetterkarte vom 19. April, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Während über Nordamerika ein neues barometrisches Maximum in Ausbildung begriffen ist, ist über der Baltanhalbinsel eine tiefe Depression erschienen, welche bei schwacher bis frischer, vorwiegend östlicher und nordöstlicher Luftströmung in Mittel- und Süddeutschland Schneefälle, in Oesterreich-Ungarn Regenfälle verursacht. In Norddeutschland dauert das ruhige, heitere und trockene Wetter fort. Die Temperatur ist über Britannien sowie dem Nord- und Ostsee-Gebiet meist steigend, in Süddeutschland gesunken, dieselbe liegt in Deutschland erheblich unter der normalen, in Wiesbaden um 10, in Karlsruhe um 11 Grad.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

19. April 1884.	
Staatspapiere.	Bauschlebrader 166 7/8
4% Reichsanleihe 103 1/8	Nordwestbahn 155 3/4
4% Preuß. Cons. 102 1/8	Elbthal 168 1/2
4% Baden in fl.	Medlenburger 200 1/2
4% „ i. Wkt. 102 1/8	Berkschlesische 260 1/2
Deutscher Goldrente 85 1/2	Rechte-Deutscher 190 1/2
Silberrent. 68 1/8	Gotthard 106
4% Ungar. Goldr. 76 1/8	Loose, Wechsel etc.
1877er Russen 94 1/2	Deft. Loose 1860 120 1/2
II. Orientanleihe 61	Wechsel a. Amst. 168.55
Italiener 94 1/8	„ „ Lond. 20.43
Ägypter 67 1/4	„ „ Paris 81.—
Banken.	
Kreditaktien 270	Napoleonsd'or 16.22
Disconto-Comm. 209 1/2	Privatdisconto 3 1/2
Basler Bankver. 131	Bad. Zuckerfabrik 109 1/2
Darmstädter Bank 156 1/2	Allali Wesser. 160 1/2
Wien. Bankverein 93 1/2	A s c h e r f e.
Bahnaktien.	
Staatsbahn 266 1/2	Kreditaktien 269 1/2
Lombarden —	Staatsbahn 266 1/2
Galizier 244 1/2	Lombarden 119 1/2
Tendenz: matt.	
Berlin.	
Deft. Kreditakt. 542.—	Kreditaktien 321.40
Staatsbahn 536.50	Marknoten 59.40
Lombarden 243.—	Tendenz: —
Disco.-Comm. 209.50	Paris.
Laurahütte 113.70	5% Anleihe 108.11
Dortmunder 81.70	Spanier 61 1/2
Wartener 82.60	Ägypter 339
Böhm. Nordbahn —	Ottomane 678
Tendenz: —	Tendenz: —

Nachdem die unterm 21. März c. in verschiedenen Berliner Zeitungen anscheinend böswilligerweise verbreitete Nachricht einer von mir beabsichtigten Geschäftsaufgabe, der ich anfänglich weniger Bedeutung beilegte, auch in die meisten Provinzial-Blätter übergegangen und dadurch fast täglich Anfragen in dieser Richtung an mich ergehen, sehe ich mich wiederholt veranlasst, auf diesem Wege ausdrücklich zu erklären, dass ich mein Geschäft in unveränderter Weise fortführe und nach wie vor bestrebt sein werde, das in so reichem Maasse mir stets bewiesene Vertrauen durch preiswerthe und solideste Bedienung zu rechtfertigen.

Berlin, im April 1884.

J. Robrecht,

Hoflieferant Sr. Majestät des Kaisers und Königs etc.

E.270.

RUDOLPH HERTZOG

15-14. Breitestr. — Brüderstr. 27-28.

BERLIN C.

versendet gratis und franco den soeben fertig gestellten, mit reichen Illustrationen und Stoffproben ausgestatteten

FRÜHJAHR-S-CATALOG

enthaltend die Neuheiten in

MANUFACTUR-MODE-WAAREN, SEIDEN-STOFFEN, SAMMETEN, LEINEN, ELSASSER BAUMWOLLEN-WAAREN, GARDINEN, FLANELLEN, TÜCHERN, REISE-, SCHLAF- UND STEPP-DECKEN, BEDRUCKTEN MÖBELSTOFFEN, SCHIRMEN, SPITZEN, STICKEREIEN etc.

— Franco-Versand aller Aufträge im Betrage von 20 Mark an. —

E.200.2

Todesanzeige.

77. Jahr. Wir erfüllen die traurige Pflicht, Verwandte, Freunde und Bekannte davon in Kenntniss zu setzen, daß unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater Herr

Johann Heinrich Geiger heute früh 7¹/₂ Uhr im Alter von 93 Jahren sanft verschieden ist. Wir bitten um stille Theilnahme.

Sahr, den 19. April 1884.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Moritz Schauenburg.

Emil Lembke

C.595.10. Hoflieferant
Karlsruhe.

Leibwäsche.
Strumpfwaren.
Ausstattungen.

Institut Friedländer. Externat und Pensionat.

Vorbereitung zur Lehrerinnenprüfung. Aufnahme vom 6. Jahre an.
Das neue Schuljahr beginnt am 22. April. Aufnahmeprüfung am 21. Prospekte zur Verfügung.

Rosalie Friedländer,
Vorsteherin,
74 Stephanienstraße, Karlsruhe.

Spinnerei und Weberei Offenburg.

Mittwoch den 28. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,
im Fabriklokale

General-Versammlung der Aktionäre.
Tages-Ordnung: Die in § 19 der Satzungen Satz 1 bis 6 aufgeführten Geschäfte.
Ueber die Berechtigung zur Theilnahme oder über die Vertretung in der Versammlung geben die §§ 14, 15 und 16 der Satzungen die Vorschriften und für die Bescheinigung des Vorzeigens der Anhaber-Aktien werden folgende Bankhäuser bezeichnet: die Rheinische Creditbank in Mannheim mit ihren Filialen, sodann die H. D. Macaire & Co. in Konstanz; Gebrüder Kasperer in Freiburg i. B.; Alfred Seeligmann & Co. in Karlsruhe; B. Wehler sel. Sohn & Comp. in Frankfurt a. M.; Köster's Bank in Mannheim & Heidelberg und die Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin.
Offenburg, den 17. April 1884.

Der Vorstand.

U. Sch. Weibzeug-Beschleiferinnen, Bussetfräulein, Köchinnen, Hotelzimmermädchen etc. etc.
Kellner, Köche etc. suchen
Stellen durch Urban Schmitt,
Haupt Central-Bureau Blumenstraße 4,
Karlsruhe. D. 896.3.

§ 6.1. Oppenau.
Zur gest. Beachtung.
Eternlose Kinder jeden Alters nehmen die Unterzeichneten in Verpflegung und sichern liebevolle und gewissenhafte Behandlung zu Oppenau i. Renchtal.
Geschwister Eckenwalder.

Für Stotternde!

D. 788.3. Doffl. Dank u. Empf. spreche ich Hrn. Instit.-Vorst. Wollitzer in Karlsruhe f. Heilung m. Sohnes v. l. schwerem Stottern, sow. f. d. liebevolle und fürsoral. Behandl. und Aufn. dess. hierm. aus. Altbürgermeist. R. Schmid in Danach. (H 6115 a)

3,422,000 Mark
getheilt auf Hypotheken
anzuleihen
Zinsfuß nicht über
4¹/₂ %. Kaufschillinge werden schon mit
1 % Nachloß übernommen. Näheres
unter Einsendung von Verlaagscheinen
u. f. w. durch Urban Schmitt, Hypo-
theken-Geschäft, Blumenstraße 4 in
Karlsruhe. D. 97.5.

Gasthof Verkauf.

D. 898.2. In einer Kreisstadt
Badens ist ein frequenter
Gasthof mit solider Kundschaft
und großem Weinverbrauch sehr
billig feil. Näheres durch Urban
Schmitt, Haupt-Central-Bureau,
Blumenstraße 4, Karlsruhe.

650,000 M. sind zu
in l. Hypothek anzuleihen.
Zieler kauft billig. Verlaag-
sch in (mit Rückmark) an
L. Wind, Stuttgart. 3.592.10.

Billa- Versteigerung.

Im Auftrage versteigert der Unterzeichnete am
Donnerstag den 1. Mai d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
im Gasthause zum goldenen Adler hier:
Eine neu erbaute Villa in schönster
Lage mit weiter Fernsicht, mit 8
Zimmern, Küche, Waschküche,
Keller, 2 Manfarden u. 2 Spei-
chern, schönem Garten und etwas
Wiese.
Bedingungen werden vor der Ver-
steigerung bekannt gegeben.
Oberkirch, den 17. April 1884.
Wilh. Bod.

Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Montag den 21. April d. J.,
Vormittags 8 Uhr beginnend, werden
in dem Versteigerungsraum der diessei-
tigen Verwaltung, Eingang bei der
Wärterhütte am Eitlinger Weiler-
gang, die im I. Quartal 1883 einge-
lieferten herrenlosen Reisegegenstände
und Frachtgüter; ferner eine Partie
abgängiger Metall- u. sonstiger Waaren,
sowie mehrere Loose Abfallholz gegen
Baarzahlung öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 12. April 1884.
Groß. Hauptverwaltung der Eisen-
bahnmagazine.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Postbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)